Prinzipien blinde Gewalt setzte?
Diesen Überlegungen liegt ein völlig verdrehtes Bild von Dialog und Gewalt, und daraus resultierend ein genauso falsches Bild von den Kämpfen für eine befreite Gesellschaft, zugrunde. Trittin hat dieses verdrehte Bild bei seinem Abgang ziemlich treffend auf den Punkt gebracht. Er imaginierte eine „Basis, wo man sich gleichberechtigt, unter Gleichen, unterhält, und auch gegebenfalls unterschiedliche Meinungen ausdrückt“, und dass da „kein Raum für einen Diskurs“ sei, weil er nicht diskutieren könne, wenn man gleichzeitig körperliche Gewalt gegen ihn anwende.

Um klarzumachen, wer das sagt, ein paar Worte zur Person: Trittin ist Fraktionsvorsitzender der Grünen im Bundestag, von den Sitzen her die kleinste Oppositionspartei, in manchen Umfragen derzeit aber gleichauf mit der SPD. Mit der hat sie auf Bundesebene auch schon regiert, und zwar von '98 bis '05. Stellvertretend für einige Errungenschaften grüner Regierungspolitik seien hier genannt: Der Kosovo-Krieg 1999 (erster deutscher Angriffskrieg seit 1939, mit Bombardements auf zivile Ziele), die Hartz-Reformen ab 2002 (historischer Sozialkahlschlag gegen breiten Protest aus der Bevölkerung), und der Atom-Konsens 2002 (also genau diese als Atomausstieg getarnten Regelungen, die es den AKW-Betreibern ermöglichten, sich per „Reststrommengen“ in den sicheren Hafen einer schwarz-gelben Administration hinüberzuretten). Die hohen Umfrageergebnisse der Grünen heute hängen auch damit zusammen, dass sie sich (dank ihrer eigenen Maßnahmen) inzwischen wieder ganz konsequenzlos als radikale AtomkraftgegnerInnen inszenieren können – bis zur nächsten Regierungsbeteiligung.
Trittin war beim letzten Mal als Umweltminister dabei, gerade auch beim Atomkonsens war er federführend beteiligt.
Da setzt sich also jemand hin, der maßgeblich dafür verantwortlich ist, dass heute noch die AKWs laufen (ohne dass er die Menschen in und um den Uranminen, die AnwohnerInnen der Kernkraftwerke, oder die BewohnerInnen der Regionen mit projektierten „End“lagern gefragt hat – von künftigen Generationen ganz zu schweigen), jemand der an einer Regierung beteiligt war, die gegen den Willen und Widerstand der Betroffenen die Lebensverhältnisse von Millionen Sozialleistungsempfängerinnen dramatisch verschlechtert hat; die Bombardements auf eine wehrlose Zivilbevölkerung mit Toten, Verletzten und Obdachlosen zu verantworten hat – und auf einmal fällt diesem Menschen ein, dass es eigentlich ganz nett ist, „sich gleichberechtigt unter Gleichen“ zu unterhalten! Na mensch, wenn ihm das schon mal eingefallen wäre, bevor seine Regierung Bomben auf diverse Städte schmeißen ließ! Mehr noch, während die von ihm mitzuverantwortende Beteiligung der deutschen Bomber am Angriffskrieg in Serbien eine reine Friedensmission war, ist eine Joghurttorte gegen seinen Hinterkopf eine inakzeptable Anwendung „körperlicher Gewalt“.

Mensch kann das verlogen finden. Mensch kann davon ausgehen, dass Trittin auf diesem Podium genau das vorhatte, was linke Oppositionspolitiker halt machen (und was ihm wohl leider gelungen ist): Sich als möglichst links und progressiv zu inszenieren, um mit Stimmen aus genau diesem Lager wieder an die Macht zu gelangen – und die Welt mit neuen Errungenschaften rot-grüner Regierungspolitik zu beglücken. Das ist zwar alles richtig – wäre das aber alles gewesen, was in Trittins Statement zum Ausdruck kam, er hätte wohl kaum dermaßen viel Applaus für seinen Abgang geerntet.

Trittins Statement bringt vielmehr die eiskalte Lüge zum Ausdruck, mit jemanden wie ihm ließe sich ein gleichberechtigter, gewaltfreier Dialog führen. Damit meine ich nicht den Menschen Jürgen Trittin, über den ich mir an dieser Stelle kein Bild machen möchte. Es geht mir um den Politiker Trittin, der, wie alle anderen Politiker auch, weitreichende Entscheidungen über das Leben (und den Tod) anderer Menschen trifft, ohne dass die Betroffenen mit entscheiden können.
Das ist ein Merkmal dieser Gesellschaft als Ganzes und in allen Bereichen. Nicht nur bei soweit reichenden Fragen wie der nach Krieg und Frieden oder den Betrieb der AKWs, sondern auch im Alltäglichen: Wir werden nicht gefragt, ob wir von dem Zeug in den Supermärkten mehr haben wollen als wir bezahlen können, ob wir in diese oder jene leer stehende Wohnung einfach einziehen wollen, wie wir auf Demos herumlaufen wollen oder was wir gerne an das Werbeplakat vor unserer Haustür schreiben wollen. Darüber kann mensch zwar diskutieren oder auch schreiben (die Chancen, dass die Zeitschrift vom Staat beschlagnahmt wird, sind eher gering), aber diese Dinge sind dennoch vom Staat festgelegt und nicht verhandelbar. Wer sich nicht daran hält, läuft Gefahr mit Gewalt (Polizei, Justiz, Knast) dazu gezwungen zu werden. Es ist vollkommen egal, was für gute Argumente mensch hat, das Werbeplakat vor der eigenen Haustür zu verschönern oder sich an die Castorstrecke anzuketten – wenn die Polizei vorbeikommt, dann gibt’s Ärger. Punkt.

Das hat sich natürlich weder Jürgen Trittin noch ein anderer Politiker ausgedacht. Er und seinesgleichen können zwar auf die konkrete